

# Mandela ist tot, der ANC stirbt

**SÜDAFRIKA** Aus Kritik von Gewerkschaftern und Linken an der regierenden ehemaligen Befreiungsbewegung wird offene Konfrontation. Ein Eklat am 1. Mai machte das klar



1. Mai: Der neue Anti-ANC-Gewerkschaftsverband Saftu demonstriert in Durban. Foto: Rogan Ward/reuters

AUS BLOEMFONTEIN  
LERATO MAFETENG, NJABULO  
BUTHLEZI UND DION HENRIK

Seit Ende der Apartheid war die Allianz zwischen der Befreiungsbewegung ANC (Afrikanischer Nationalkongress), dem Gewerkschaftsdachverband (Cosatu) und der Kommunistischen Partei (SACP) der Sockel der politischen Stabilität Südafrikas. Seit Präsident Jacob Zuma immer unbeliebter wird, bröckelt diese Allianz – und seit dem Maifeiertag scheint sie endgültig zerbrochen zu sein.

Die zentrale Cosatu-Großkundgebung zum 1. Mai, die in der Stadt Bloemfontein stattfand – dem historischen Geburtsort des ANC –, musste vorzeitig abgebrochen werden, nachdem der als Hauptredner

vorgesehene Staatschef ausgebaut wurde und das Podium wortlos wieder verließ. Zuvor hatte es tätliche Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern Zumas gegeben.

Auch bei Gewerkschaftskundgebungen in Durban und Polokwane wurden ANC-Redner von den Zuhörern feindlich empfangen. Cosatu hat sich vor Kurzem dem Ruf angeschlossen, dass Zuma zurücktreten solle. Diese Forderung hat seit einer kontroversen Regierungsumbildung Ende März an Fahrt aufgenommen und treibt immer neue Demonstrationen in Südafrika an.

„Der ANC ist stur. Sehr stur sogar“, sagt ein Funktionär der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes Nehawu in Bloemfontein. „Wir haben ihnen vorab gesagt, dass wir keine Rede von

**„Ruhe in Frieden, ANC! Endlich sieht unser Volk, wer ihr wirklich seid“**

SAFTU-FÜHRER ZWELINZIMA VAVI

Zuma wollen. Aber wegen der Arroganz Zumas und des ANC ist die Kundgebung zusammengebrochen.

Ein Vertreter der Kommunisten wird noch deutlicher. „Cosatu hat erklärt, dass Zuma nicht fähig ist, das Land zu führen, aber der ANC schmuggelt Zuma durch die Hintertür ein, um vor uns eine Rede zu halten. Das können wir nicht zulassen.“

Diese kompromisslose Haltung hängt auch mit der Sorge zusammen, dass das Establish-

ment von Cosatu sowie der als Minister für höhere Bildung amtierende SACP-Führer Blade Nzimande ihre Macht verlieren könnten. Bereits seit Jahren wirbt die linke ANC-Abspaltung EFF (Economic Freedom Fighters) um die schwarze Arbeiterklasse. Und vor wenigen Wochen wurde ein neuer linker Gewerkschaftsdachverband ins Leben gerufen: Saftu (Südafrikanischer Gewerkschaftsverband) mit 24 Mitgliedsorganisationen, an erster Stelle die mächtige Metallergewerkschaft Numsa. Geführt wird Saftu von Zwelinzima Vavi, der vor zwei Jahren wegen Kritik an Zuma abgesetzte ehemalige Cosatu-Generalsekretär.

Vavi nutzte den 1. Mai, um seinen neuen Dachverband vorzustellen. Auf einer Kundgebung in Durban warf er Zuma und Nzimande vor, das Volk verraten zu haben. „Sie kämpfen nicht für die Interessen unseres Volkes, sondern für persönliche Interessen“, rief er. „Ruhet in Frieden, ANC und SACP! Endlich sieht unser Volk, wer ihr wirklich seid.“

Vavi malte ein düsteres Bild Südafrikas 23 Jahre nach Ende der weißen Minderheitsherrschaft: ein Land mit neun Millionen Arbeitslosen und 14 Millionen Hungrigen, in dem fast das gesamte Land im Besitz von Weißen ist. Er forderte die Verstaatlichung aller Bergbaureserven, kostenlose Bildung auf allen Ebenen und eine Anhebung des Mindestlohns von 3.500 auf 12.500 Rand (845 Euro).

Im Falle eines Rücktritts von Zuma würde der ANC zunächst weiter nach rechts rücken, fürchtet die neue Opposition. Aussichtsreichster Nachfolgekandidat ist Cyril Ramaphosa, einer der reichsten schwarzen Geschäftsleute Südafrikas.

## LESERINNENBRIEFE

taz.de tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin  
briefe@taz.de | www.taz.de/zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

## Tabu: Richtige Männer als Opfer

**■ betr.: „Hinter verschlossener Tür“, taz vom 2. 5. 17**  
Die taz hält sich ja in der Regel eher zurück, wenn es um Männerthemen und Männerprobleme geht. Umso überraschender ist der Artikel „Hinter verschlossener Tür“, in dem es um Gewalt gegen Männer geht und das vor allem in Partnerschaften. Das Thema ist nicht unbedingt neu, doch immer noch sehr stark mit Vorurteilen belastet und dank der vorherrschenden Männer- und Frauenrollen weiterhin ein Tabuthema. Niemand weiß, wie hoch die Dunkelziffer ist, denn nach wie vor werden sich viele Männer nicht „outen“ wollen, erst recht nicht gegenüber der Polizei oder anderen Männern. Es passt halt nicht, dass Männer Opfer sind von Frauen; und, wie richtig erwähnt wurde, diese Männer gelten als Schwächlinge, Weicheier oder sonstiges, nur eben nicht als richtige Männer. Männer als Opfer war und ist zudem nicht wirklich ein Thema der Genderforschung. Der einseitige Blick führte jedenfalls in früheren Zeiten automatisch dazu, nur auf Männer als Täter zu schauen, selbst wenn der Mann die Spuren der Gewalt aufwies. Eine Frau als diejenige, die schlägt, das passte in keinen Polizeibericht. Ich fürchte, es braucht noch lange, um auch in diesem Bereich Rollenbilder zu überwinden. Aber es gibt immerhin mittlerweile sogar ein paar Männerhäuser in Deutschland, wohin Männer gehen können, wenn sie unter Gewalt leiden.

JÖRG WILHELM, Wiesbaden

## Dafür nicht!

**■ betr.: „Dafür verdient er Liebe“, taz vom 29. / 30. 4. 17**  
Benjamin Netanjahu war 2013 in Berlin und hat bei Frau Merkel die langjährige deutsch-israelische Freundschaft gewürdigt. Insofern ist es beschämend, dass Außenminister Gabriel ein Gespräch in Israel mit anderen dortigen Gruppen verwehrt wurde. Wahrscheinlich war die Absage eine Retourkutsche für die Äußerungen von Gabriel (2012) über den „rechtsfreien Raum“ in Hebron.

Man stelle sich vor, dass man dem israelischen Außenminister in Deutschland vorgeschrieben hätte, mit welchen Gruppen er sich zu treffen hätte. Es bringt keinen Zentimeter weiter, wenn man sich immer wieder über den NS-Nachfolgestaat und die daraus sich entwickelnden Verhältnisse äußert. Die Deutsche Jugend hat aus der Geschichte gelernt und weiß den Holocaust zu würdigen, nur Schuld ist nicht vererbbar. Der einzig gangbare Weg ist, zwischen den jungen Generationen in Israel, Deutschland und in den arabischen besetzten Gebieten sich gegenseitig zu respektieren und sich gemeinsam für demokratische Verhältnisse einzusetzen. Sohn Jair Netanjahu hat eine norwegische, nicht jüdische Freundin, die, weil sie keine Jüdin ist, als Schicksale aufs Übelste beleidigt wurde. Hier könnte man mit der Liebe mal anfangen.

NORBERT BLECK, Berlin

## Burda statt Burka

**■ betr.: „Das Leid mit der Leitkultur“, taz vom 2. 5. 17**  
Wie sagte doch unser Minister des Inneren in „absolut richtiges Deutsch“: „Wir sind nicht Burka“. Wie wahr, das sind wir nicht. Aber, was zum Teufel, sind wir dann? Ich möchte es, die innenministeriellen mentalen Auswürfe entsprechend würdigend, so zusammenfassen: „Wir sind nicht Burka, wir sind Burda!“ Und darum, lieber Herr Innenminister, geben Sie weiterhin beharrlich das „schöne“ Händchen und zeigen Sie Gesicht bei der Begrüßung. Obwohl... vielleicht wäre die Burka ja doch schmeichelhafter.

HELMUT MALMES, Stolberg

## „Unverhandelbar“ Bürger?

**■ betr.: „Pfiße und Beifall für „Leitkultur-Thesen“, taz vom 3. 5. 17**  
Muss ich das Land verlassen? Was passiert, wenn ich dem Herrn de Maizière für seine Leitkultur-Thesen keinen Beifall zolle und darüber hinaus vom Grundsatz seine vorgegebene Leitkultur ablehne? Bin ich dann ein „unverhandelbarer Bürger“, der, laut Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, das Land verlassen muss? Oder gehe ich noch als ein „aushaltbarer Bürger“ durch, der im Land geduldet wird? Für mich ist es ein Widerspruch, Kultur per Dekret vorgegeben zu wollen. Denn die kulturelle Entwicklung muss prinzipiell frei bleiben. Die Historie ist dabei unumstritten und immer eine grundlegende Voraussetzung der Landeskultur. Trotz aller Ablehnung und allem Unwillen meinerseits und der Tatsache, dass ich mich nicht integrieren lassen möchte, (wie so viele andere Deutsche im Ausland auch), bin ich noch guter Dinge, dass ich noch als ein „Aushaltbarer“ durchgehe, da mein Geburtsland doch Deutschland ist.

BOIE PETERS, Menden

## Was für ein Dünnschiss

**■ betr.: „Pfiße und Beifall für „Leitkultur-Thesen“, taz vom 3. 5. 17**  
Volltreffer, Herr Innenminister! Erst füllt sich der Deutsche Leitkulturist auf Schützen- und Volksfesten mit Bier nach deutschem Reinheitsgebot, dann schüttelt er auf verklebten Pissors sein Deutsches Glied (ohne dass er sich, wie die meisten, gründlich wäscht), anschließend dem ausländischen Mitbürger die Hand, die dieser eifrig ergreift, um seinen Integrationswillen zu bekunden. Nicht selten kommt es hierbei zur Übertragung von Viren und anschließendem Dünnschiss, eben jener Substanz, aus der diese Leitkulturthese ohnehin besteht.

HORST MIDDELDORF, Scharbeutz

# „Maduro verliert seine eigentliche Basis“

**VENEZUELA** Wie loyal ist das Militär noch? Eine Politikwissenschaftlerin analysiert die Kräfteverhältnisse

INTERVIEW JÜRGEN VOGT

taz: Frau Jácome, wie fest sitzt Präsident Nicolás Maduro noch in seinem Sessel?

**Francine Jácome:** Die seit Anfang April anhaltenden Proteste auch der unteren Schichten zeigen, dass der Präsident die Unterstützung seiner eigentlichen Basis verloren hat. 80 Prozent der Bevölkerung unterstützen einen Regierungswechsel noch im diesem Jahr. Maduro kann sich jetzt nur noch auf drei Instanzen stützen: die Militärs, ohne die er die Macht längst verloren hätte, die paramilitarischen Gruppen, die sogenannten Colectivos, und die von ihm kontrollierten Institutionen Oberstes Gericht und Nationaler Wahlrat.

**Aber geht nicht gerade von den Militärs die größte Gefahr für ihn aus?**

Die Streitkräfte haben in Venezuela schon immer eine vorherrschende Rolle gespielt. Ob es zu einem Militärputsch kommt, ist momentan nicht vorherzusehen und aus der Perspektive der Zivilgesellschaft auch nicht wünschenswert. Noch immer gibt es die Möglichkeit von Verhandlungen oder einem Dialog zwischen der Regierung und der Opposition. Das Parlament hat die Militärs an ihre in der Verfassung festgelegten Pflichten erinnert, und der Parlamentspräsident hat bestätigt, dass es

Kontakte zu den Streitkräften gibt.

**Wie geeint ist das Militär?**

Die venezolanischen Streitkräfte sind kein monolithischer Block, und schon gar nicht angesichts der sozial und politisch bedingten Gewalt. Es dringt jedoch wenig nach außen. Es gibt eine militärische Elite, die offen das politische Vorgehen der Regierung unterstützt. Diese Elite ist unmittelbar an der Regierung beteiligt, und ihr sind alle strategischen Bereiche unterstellt: Lebensmittel, Importe, Zölle, innere Sicherheit, Strom- und Energieversorgung. Neuerdings spielt sie auch im Bergbau und bei der Öl- und Gasförderung eine zentrale Rolle.

**Wie wird das Militär auf Maduros Anordnung reagieren, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen?**

Sehr wahrscheinlich ist, dass ihn die eingebundene militärische Elite unterstützen wird. Aber gerade in den mittleren Rängen herrscht schon länger große Unzufriedenheit. Dazu tragen auch die Korruptionsvorwürfe gegen hohe Militärs und deren mutmaßliche Verwicklung in den Drogenhandel bei. **Stimmt der Vorwurf, mit der verfassungsgebenden Versammlung würden die seit Dezember 2016 verschobenen Wahlen endgültig verhindert?** Das ist nicht auszuschließen.



Polizei gegen Demonstranten: Alltag in Venezuela. Foto: Marco Bello/reuters

Von den 23 amtierenden Gouverneuren sind elf Militärs im Ruhestand, die sich weiter mit dem Chavismus identifizieren. Angesichts der sehr wahrscheinlichen Niederlage ist es fraglich, ob sie ihren lokalen Führungsanspruch opfern würden. **Seit sieben Jahren gibt es die Milicia Nacional Bolivariana, eine Miliz aus bewaffneten Zivilisten. Mitte April hatte der Präsident deren Aufstockung auf 500.000 angekündigt. Wie steht das Militär dazu?**

Dem Militär war die Milicia Nacional Bolivariana von Anfang an ein Dorn im Auge. Die Zahl der Militärangehörigen wird auf 150.000 bis 170.000 geschätzt. Eine halbe Million Milizionäre bedeuten den Aufbau einer Pa-

rallalarme zum Schutz des Präsidenten, denn die Milizionäre gehören alle der Regierungspartei PSUV an.

**Francine Jácome**

■ ist eine venezolanische Anthropologin und Politikwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Lateinamerika. Jácome ist Eekutivdirektorin des Venezolanischen Instituts für Soziale und Politische Studien (INVESP) in Caracas.



Foto: privat